Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 02	S0063/11	14.03.2011
zum/zur		
A0005/11 – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Bezeichnung		
Finanzierungssicherheit für Ratsbeschlüsse		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		26.04.2011
Finanz- und Grundstücksausschuss		18.05.2011
Stadtrat		23.06.2011

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Sicherung der Finanzmittelbereitstellung für Beschlüsse des Hauptorgans der kommunalen Selbstverwaltung, welche auf Anträgen von Ratsmitgliedern oder der Fraktionen beruhen, werden 20 % aller überplanmäßigen Einnahmen des konsumtiven Haushaltes solange mit einer Haushaltssperre zur Mittelverwendung durch den Oberbürgermeister versehen, bis der Stadtrat über seine Verwendung beschlossen hat.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dem Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr zu jeder ordentlichen Sitzung des Ausschusses schriftlich darzulegen, welcher aktuelle Stand von Mehreinnahmen gegenüber der geltenden Haushaltssatzung und den zugrundeliegenden Einnahmeerwartungen zu verzeichnen ist.

Die Geschäftsordnung des Stadtrates in § 11 (3) sowie bei Notwendigkeit auch die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg ist entsprechend zu ändern.

Stellungnahme:

1. Gemäß § 97 GO LSA sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und deren Deckung gewährleistet ist. Als unabweisbar sind jene Aufwendungen zu verstehen, zu denen die Kommune durch gesetzliche Vorgaben oder vertragliche Bindungen verpflichtet ist. Eine Deckung erfolgt in der Regel aus Mehrerträgen. In der Hauptsatzung (Stand vom 11.7.2007) wird in § 11 die Entscheidungsbefugnis zur Höhe der jeweiligen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen geregelt.
2. Jeder zusätzlich erwirtschaftete Ertrag ist laut § 24 (1) GemHVO Doppik zum Abbau der Schulden zu nutzen, so dass auch weiterhin der kamerale Altfehlbetrag in Höhe von 178.254.415,51 EUR im Blickpunkt steht. Dies entspricht der Anordnung des LVwA zur Genehmigung der Haushaltssatzung vom 24. Januar 2011, Punkt 2, der Begründung.

3. Übersichten aller überplanmäßigen Erträge und über-/außerplanmäßigen Aufwände können, getrennt nach Budgets und Deckungskreis-Ebenen, vorgelegt werden. Dabei ist zu beachten, dass der Gesamthaushalt betrachtet werden muss. Das bedeutet, dass erst bei Überschreiten der gesamten (über alle Teilhaushalte) eingeplanten Erträge von überplanmäßigen Erträgen gesprochen werden kann. Darüber hinaus ist zu beachten, ob diese Erträge buchhalterisch oder tatsächlich cashwirksam erreicht werden. Die Übersicht könnte entsprechend vorheriger Ausführungen grundsätzlich ab Oktober des laufenden Jahres monatlich per letzten Tag des Vormonats in den FG eingesteuert werden.

Zimmermann

Anlage: Genehmigung der Haushaltssatzung vom 24.01.2011